Nein zum sächsischen Versammlungsgesetz



Inhalt

- 1. Repressionsentwicklungen in Deutschland
- 2. Inhalt des neuen Versammlungsgesetzes
- 3. Wie sollten wir uns zu den Verschärfungen verhalten?
- 4. Was können wir aus anderen Bundesländern lernen und für uns ziehen?

Repressionsentwicklung in Deutschland



Repressionsentwicklungen in Deutschland

- Beispiel Blockupy-Proteste von 2012 bis 2016
- Verschärfung des Versammlungsrechts nach Protesten im Jahr 2015
- G20-Gipfel 2017 als zentrales Ereignis mit massiver Polizeigewalt
- NRW-Versammlungsgesetz als restriktivstes Versammlungsgesetz aller Bundesländer
- Hetzkampagne gegen die letzte Generation seit 2022 und Razzien im Sommer 2023



Repressionsentwicklungen in Deutschland

- Leipziger Kessel am Tag X im Sommer letzten Jahres und Einschränkung von Grundrechten
- Neues sächsisches Versammlungsgesetz soll demokratische Rechte einschränken und illegale Mittel legitimieren
- Gefahr, dass Mittel wie der Leipziger Kessel zur neuen Normalität werden
- Gesetz tritt am 1. September 2024 in Kraft, am selben Tag wie die sächsische Landtagswahl
- Vorstellung der Kampagne gegen das neue Gesetz und Möglichkeiten zur Beteiligung



Inhalt des neuen Versammlungsgesetzes



Inhalt des neuen Versammlungsgesetzes

- Geltung für öffentliche und nichtöffentliche Versammlungen
- Möglichkeit, Namen und Geburtsdatum von Ordner:innen zu erfragen
- Verpflichtung zur Durchführung von Kooperationsgesprächen
- Definition des Veranstalters/der Veranstalterin unklar



Inhalt des neuen Versammlungsgesetzes

- Störungsverbot und Waffenverbot mit unklaren Definitionen, Militanzverbot (Verbot von einheitlichen Auftreten und Verhaltensweisen)
- Definition des Veranstalters/der Veranstalterin unklar
- Präventives Demoverbot
- Erweiterter Straftaten- und Ordnungswidrigkeitskatalog mit Abschreckungstaktik



Warum wird das Versammlungsgesetz verschärft?



Warum wird das Versammlungsgesetz verschärft?

- CDU, Grüne und SPD sehen das neue Versammlungsgesetz nicht als Verschärfung, sondern als Stärkung des Rechts auf politische Teilhabe
- Das neue Sächsische Versammlungsgesetz soll breitere Teilhabe am politischen Geschehen ermöglichen, bewirkt jedoch das Gegenteil und schreckt Teile der Gesellschaft ab
- Internationale politische Lage spitzt sich zu, Widerstand gegen Verschärfungen wächst



Warum wird das Versammlungsgesetz verschärft?

- Proteste wie Streiks, Bauernproteste und Proteste gegen die AfD zeigen Bedeutung des politischen Widerstands in Krisenzeiten
- Staat und Konzerne möchten Protestbewegungen mit neuen Gesetzen legal beschränken, verbieten oder auflösen können
- Demokratische Rechte werden durch das neue Gesetz entweder genommen oder massiv eingeschränkt, was den Protest auf der Straße erschwert.



Warum sollten wir uns dafür interessieren?



Tendenz zur Grundrechtseinschränkung der letzten Jahre

- Corona-Pandemie: Ausgangssperren, Ein-/Ausreiseverbote, Kontaktbeschränkungen, Einschärnkung des Versammlungsrechts
- Normalisierung der Präventivhaft (z.B. bei Letzte Generation)
- Kontrollzone in Leipzig für mehrere Tage während TagX, Demoverbote



Organisierter politischer Protest soll verhindert werden!

- Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit hart erkämpfte Rechte
- Neues Gesetz greift organisiertes politisches Auftreten auf Demonstrationen an
- Gesetz dient der Abschreckung und Kriminalisierung von politischen Aktivismus und Teilhabe
- Gesetz greift elementarstes demokratisches Recht von uns allen an



Viele kleine Veränderungen, aber massiver Ausbau der Repression

- Neues Gesetz beinhaltet viele kleine Anpassungen im Vergleich zum vorherigen Versammlungsgesetz
- Massiver Ausbau der Befugnisse von Polizei und Ordnungsbehörden
- Legalisierung bisher illegaler Maßnahmen wie Überwachung per Drohnen

Viele kleine Veränderungen, aber massiver Ausbau der Repression

- Einschränkung der Ausgestaltungs- und Ausdrucksmöglichkeiten für politischen Protest
- Polizei könnte den neuen legalen Rahmen überschreiten und härtere Methoden anwenden
- Verteufelung und Dämonisierung von politischem Protest im Allgemeinen



Viele kleine Veränderungen, aber massiver Ausbau der Repression

- Individuelles Demoverbot und Entzug der Versammlungsrechte gegenüber Einzelpersonen geplant
- Gesetzesentwurf zielt nicht auf Schutz der Versammlungsfreiheit ab, sondern soll Angst vor Teilnahme an Protesten schüren
- Kooperationsgespräche werden verpflichtend, um Daten zu beschaffen und die Versammlungsfreiheit zu beschränken



Schwammige Formulierungen bedeuten Willkür

- Schwammige Formulierungen und grob gehaltene Bestimmungen ermöglichen breite Anwendung von Repressionsmöglichkeiten
- Ungenauigkeiten bei Begriffsdefinitionen schaffen Interpretationsspielraum für willkürliche Angriffe auf Versammlungen
- Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wird als Abwehrrecht gegen den Staat in ein Recht des Staates zur Verhinderung und Kontrolle von Versammlungen umgekehrt.



Wer profititiert von der Verschärfung des Versg?



Wer profitiert von einer Verschärfung des Versammlungsgesetzes?

- Verschärfung des Versammlungsgesetzes dient nicht unserem Interesse, sondern dem Erhalt der Machtstellung von Staat und Behörden
- Ziel ist es, Widerstand gegen Krisen und Verschlechterung des Lebensstandards zu unterdrücken
- CDU nutzt das Gesetz für kommende Landtagswahlen in Sachsen, um sich als "Schützer" der Demokratie zu inszenieren



Wer profitiert von einer Verschärfung des Versammlungsgesetzes?

- Ausweitung des Straftatenkatalogs und Erhöhung der Ordnungswidrigkeiten wird kritisch betrachtet, da Polizei oft Demonstrationen eskalieren lässt
- Eskalationspotential wird einseitig den Demonstrierenden zugeschrieben, während
 Polizeigewalt nicht bekämpft wird
- Polizei bleibt als "Freund und Helfer" nebenan wahrgenommen





Zusammenfassung

- Staatliche Repression gegen politischen Widerstand hat lange Tradition. Aktuell gibt es wieder eine gewisse Tendenz, demokratische Rechte abzubauen.
- Das neue Versammlungsgesetz beinhaltet viele kleine, aber schwammige Änderungen.
 Damit sind der Willkür Tür und Tor geöffnet.
- Gesetz dient nicht dem Schutz oder Förderung der politischen Teilhabe, sondern zur Abschreckung
- Gesetzesverschärfung muss im Kontext der allgemeinen Rechtsentwicklung der politischen Parteien gesehen werden.



Was können wir aus anderen Bundesländern lernen und für uns ziehen?



Was können wir aus anderen Bundesländern lernen und für uns ziehen?

- Änderung des Versammlungsgesetzes in Nordrhein-Westphalen durch Schwarz-Gelbe Landesregierung 2021 beschlossen, trat im Januar 2022 in Kraft
- Großer Protest formierte sich dagegen, ehemaliges Bündnis gegen Polizeigesetz von 2018 wurde reaktiviert
- Vielfältiges Bündnis mit Unterstützung aus verschiedenen Bereichen wie Fußballszene, Gewerkschaften, Parteien, Vereinen, Initiativen, linken und kommunistischen Gruppen



Was können wir aus anderen Bundesländern lernen und für uns ziehen?

- Inhaltlicher Konsens: Gegen das Versammlungsgesetz, Nein zum Abbau demokratischer Grundrechte
- Organisierung von Blöcken innerhalb des Bündnisses für gemeinsame Großdemonstration
- Erfolge durch Proteste: Aufweichung des Störungsverbots, Verhinderung des Verbots einheitlicher Kleidung, Einlegung einer Verfassungsbeschwerde



Was können wir aus anderen Bundesländern lernen und für uns ziehen?

- Vorbild für breiten Protest auch in Sachsen, der über Großstädte hinausgeht
- Novellierung des Versammlungsgesetzes betrifft alle Bürger:innen Sachsens, nicht nur eine kleine Gruppe von Linken
- Notwendigkeit der Verteidigung bürgerlicher Grund- und Freiheitsrechte angesichts Erfolge der AfD und Hegemonie rechter bis faschistischer Gruppen in einigen Orten Sachsens



Vielen Dank fürs Zuhören!

STOPPEN WIR DAS VERSAMMLUNG-GESETZ!

